

Keine Beweise gegen Syrien

Hariri-Prozess endet mit nur einer Verurteilung

VON MARTIN GEHLEN

Den Haag Mit Kosten von 700 Millionen Dollar war es eines der teuersten Gerichtsverfahren der Weltgeschichte. Sechs Jahre dauerte der Prozess um das Bombenattentat 2005 auf den langjährigen Premierminister Rafik Hariri vor dem „Sondertribunal für den Libanon“ in Den Haag. 297 Zeugen wurden vernommen, darunter mehrere libanesische Spitzenpolitiker. 2641 Seiten lang ist die Urteilsbegründung des Gerichts, welches am Dienstag drei der vier Angeklagten aus Mangel an Beweisen freisprach und einen „des Mordes an 22 Menschen, des versuchten Mordes an 226 Menschen und einer Terrorat“ für schuldig befand. Das Strafmaß wird zu einem späteren Zeitpunkt verkündet. „Die Mordtat war sorgfältig geplant und ausgeführt“, sagte der Vorsitzende Richter David Re. Trotzdem sah das elfköpfige Tribunal keine ausreichenden Beweise, um drei der vier Angeklagten zweifelsfrei als Mittäter zu überführen oder hochrangige Hintermänner dieses politischen Verbrechens in den Reihen von Hisbollah oder des Assad-Regimes zu identifizieren.

Von den fünf angeklagten Hisbollah-Beschuldigten, gegen die alle in Abwesenheit verhandelt wurde, leben noch vier. Mustafa Badreddine organisierte nach Überzeugung des Gerichts die Überwachung von Hariri und die Vorbereitung des Bombenanschlags. Der Hisbollah-Kommandeur wurde jedoch im Mai 2016



Unterstützerin von Rafik Hariri vor dem Tribunal in Den Haag. Foto: Getty Images

bei Kämpfen in Syrien getötet und das Strafverfahren gegen ihn eingestellt. Die Mordoperation vor Ort leitete der 56-jährige Salim Ayyash. Er sei eine Kernfigur der Verschwörung gewesen, erklärte das Gericht. Seine Strafe jedoch wird er wohl niemals antreten müssen. Die Hisbollah versteckt ihn, sein Aufenthaltsort ist bis heute unbekannt.

In seiner Urteilsbegründung stützte sich das Gericht vor allem auf Handydaten und Nutzerprofile. Aus Millionen von Verbindungen konnten die Ermittler vier Ringe von verdächtigen Prepaid-Mobiltelefonen herausfiltern, die ausschließlich untereinander kommunizierten. Im Zentrum stand ein Netz von acht „roten“ Handys. Sie gehörten dem direkten Killersteam, zu dem auch der verurteilte Salim Ayyash gehörte, welches Hariri in den Tagen vor dem Attentat auf Schritt und Tritt gefolgt war.

Viele Beiruter waren damals am 14. Februar 2005 gerade beim Mittagessen, als an der Corniche unweit vom Hafen die drei Tonnen Sprengstoff auf der Ladefläche des weißen Mitsubishi-Canter explodierten. Der Selbstmordanschlag, der eine ganze Häuserreihe in Schutt und Asche legte, galt dem Konvoi von Hariri. Der 61-jährige Ex-Premier, der selbst am Steuer seines gepanzerten Mercedes saß, war sofort tot. Mit ihm starben 21 Menschen. 226 wurden verletzt, einige sehr schwer. Den libanesischen Behörden warf das Gericht vor, den Anschlagsort nicht professionell abgesucht und gesichert sowie noch am selben Tag wichtige Spuren beseitigt zu haben. Eines der Opfer wurde erst 17 Tage später in den Trümmern gefunden, weil seine Familie aus eigener Tasche ein Suchteam mit Spürhunden anheuerte.



Machte den US-Demokraten Mut für den anstrengenden Wahlkampf: Die frühere First Lady Michelle Obama rechnete mit Donald Trump ab.

Foto: dpa

Alle gemeinsam gegen Trump

USA Zum Auftakt ihres Parteitags geben sich die Demokraten demonstrativ geschlossen. Michelle Obama spricht dem Präsidenten die charakterliche Eignung für das Amt ab

VON KARL DOEMENS

Milwaukee Zwei Stunden voller Zoom-Gespräche und Videobot-schaften können lange sein. Man braucht Geduld, um einen Parteitag ohne dramaturgische Inszenierung, visuelle Reize und Publikumsreaktionen durchzustehen. Doch dann gibt es Auftritte wie den von Kristin Urquiza, die aufrüttelnd vom Covid-Tod ihres Vaters berichtet. Leidenschaftliche Appelle wie den von Bernie Sanders, der ohne Wenn und Aber zur Unterstützung seines einstigen Kontrahenten aufruft. Und eine Botschaft von Michelle Obama, die so klar und präzise mit dem Amtsinhaber im Weißen Haus abrechnet wie keine Ex-Präsidentengattin zuvor. Und plötzlich kommt einem der Abend historisch vor.

Einzigartig sind die diesjährigen Conventions der US-Demokraten ohnehin. Bis zu 50000 Delegierte, Presseleute und Zuschauer sollten sie eigentlich in den Swing State Wisconsin locken, um dort dem Präsidentschaftswahlkampf von Joe Biden einen entscheidenden Schub zu verschaffen. Doch dann kam die Corona-Pandemie. Der Mammutkongress wurde erst verschoben, dann angesichts der hohen Infektionszahlen in den USA immer weiter geschrumpft. Am Ende kündigte Biden an, dass er seine Nominierungsrede im Heimatstaat Delaware

halten werde. Damit war klar, dass der Parteitag überwiegend virtuell stattfinden würde – ein Novum.

Der erste der vier Abende, die zur besten Sendezeit von vielen US-Sendern übertragen werden, offenbarte die Möglichkeiten und die Grenzen des Formats. So kamen in Clips und kurzen Zoom-Schalten viel mehr normale Menschen zu Wort, als dies bei einem üblichen Parteikonvent möglich wäre. Doch manche entweder live oder als Konserve eingespielte Politikerrede wirkte ohne Publikum, ohne Applaus oder auch Missfallenskundgebung doch etwas aseptisch.

In diesem Rahmen konnte es nicht darum gehen, über inhaltliche Fragen eines Regierungsprogramms zu diskutieren. Die Botschaft des Abends war umfassender: Die Demokraten wollen der Polarisierung unter Donald Trump eine inklusive Politik entgegensetzen, die alle Bevölkerungsgruppen einbindet und die Spaltung der Gesellschaft zu überwinden versucht. Deshalb kamen Weiße, Schwarze, Latinos, Arbeiter und Manager, Konservative und Linke zu Wort. Breiten Raum räumten die Organisatoren ehemaligen republikanischen Amtsträgern und Trump-Wählern von 2016 ein, die dieses Mal für Joe Biden stimmen wollen.

„Unser Land befindet sich an einer Kreuzung“, mahnte der ehema-

lige Gouverneur von Ohio und republikanische Präsidentschaftskandidat John Kasich und warnte vor vier weiteren Jahren Trump. „Joe ist ein guter Mann“, empfahl er den Kandidaten der Konkurrenzpartei. Noch eindrücklicher geriet die Passage, in der eine Bürgerin namens Kristin Urquiza ihren Vater betrauerte: „Er sollte heute Abend hier sein, aber er ist es nicht.“ Der Mann aus Arizona sei ein Trump-Anhänger gewesen und habe sich auf dessen Worte verlassen. Im Mai ging er mit Freunden in eine Karaoke-Bar, wenige Wochen später starb der ansonsten gesunde 65-Jährige an Covid-19. „Seine einzige Vorerkrankung war, dass er Donald Trump vertraute“, sagte Urquiza: „Dafür zahlte er mit seinem Leben.“

Die politisch wichtigste Rede für den Kandidaten Joe Biden hielt an diesem Abend wohl sein einstiger Konkurrent Bernie Sanders. Der linke Senator dankte seiner hoch motivierten und vielfach jüngeren Anhängerschaft für ihre Unterstützung und forderte sie ohne Einschränkungen und Vorbehalte auf, für Biden zu stimmen: „Die Zukunft der Demokratie steht auf dem Spiel. Wir müssen zusammenkommen, Donald Trump schlagen und Joe Biden wählen“, mahnte Sanders: „Der Preis eines Scheiterns ist zu gewaltig, um ihn sich auch nur vorzustellen.“

Der Frauenfeind

Gastbeitrag Donald Trump hat Probleme mit dem anderen Geschlecht. Warum Angela Merkel, Hillary Clinton und andere Frauen jetzt aufatmen können / Von Stephan-Götz Richter

Es gibt fast keine Dimension der Politik, in der Donald Trump, der 45. Präsident der Vereinigten Staaten, zu konsequentem Handeln imstande ist. Die einzige Ausnahme ist wohl, dass sich der Politiker Trump anscheinend nur dann wie ein richtiger Mann fühlt, wenn er im politischen Geschäft aktive Frauen herabsetzt, die seine politische Meinung nicht teilen oder sich ihm sogar zu widersetzen wagen.

Im internationalen Bereich war bisher Angela Merkel die Hauptzielscheibe Trumps. Das ist aus einem sehr einfachen Grund so: Sie ist alles, was er nicht ist. Sie ist kompetent, geduldig, nicht marktschreierisch und bei anderen Regierungschefs beliebt.

Während die deutsche Bundeskanzlerin jetzt endlich freier atmen kann, war sie längst nicht die einzige politische Entscheidungsträgerin auf internationaler Ebene, die Trump zur Zielscheibe seines Minderwertigkeitskomplexes machte. Auch Margrethe Vestager und Theresa May gehörten unter anderem dazu.

Innerhalb der USA hat sich Donald Trump als ein noch viel zwanghafterer Frauenfeind erwiesen. So hat er eine ehemalige Beraterin im Weißen Haus auf Twitter als „verrückt“ und als „Hund“ bezeichnet. Vier Kongressfrauen, deren Familien einen Migrationshintergrund haben, lud er ein, in ihre „Heimatländer“ zurückzukehren. Vor allem aber waren Hillary Clinton, Nancy Pelosi und Elisabeth Warren Lieblingsziele Trumps.

Der Grund, warum Trump sich permanent negativ über Frauen auslassen muss, ist wohl, dass er so in sich die erforderliche Energie zum Kampf auf dem Schlachtfeld der Politik erzeugt. Und natürlich auch, um den Minderwertigkeitskomplexen von weißen Männern aller Altersgruppen und Bildungsstufen Nährstoff zu bieten. Sie sind aufgrund des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels unsicher geworden und Trump will sie fest als Wähler an sich anbinden.

Aber dennoch können so gut wie alle Frauen – von Angela Merkel bis Hillary Clinton – jetzt aufatmen.

Sie stehen jetzt nicht länger im Zentrum von Trumps Zorn. Er wird all seine Frauenfeindlichkeit fortan auf Kamala Harris konzentrieren, die kalifornische Senatorin, die Joe Biden als seinen Vizepräsidentschaftskandidaten benannt hat.

Von Harris wird Trump besonders deshalb angezogen sein, weil er sie als eine echte Herausforderung ansieht. Da Trump Bidens physische Schwäche – wenn nicht gar mangelnde Virilität – gerne thematisiert, besteht die Gefahr, dass er sich selbst lähmt. Denn gegenüber einem Gegner, den er selbst für schwach ansieht, mag er nicht genügend negative Energie entwickeln, um einen harten Wahlkampf zu betreiben.

Da ist es aus Sicht von Trump durchaus hilfreich, dass Frau Harris weitaus energiegeladener und mental schneller ist als Joe Biden. Die Senatorin und potenzielle Vizepräsidentin kann so als Medium zur Steigerung seiner eigenen Kampfesenergie dienen.

Die Kernfrage ist dabei, ob Trump Kamala Harris wegen sei-

ner permanenten Frauenfeindlichkeit letztlich nicht doch unterschätzt. So ist Harris nicht professoral und auch nicht allzu intellektuell veranlagt, wie Elisabeth Warren dies ist – ein Vorwurf, den Trump gegenüber der ehemaligen Favoritin im Vorwahlkampf der Demokraten durchaus publikumswirksam anbringen konnte.

Als ehemalige Staatsanwältin kann sich Harris aller Voraussicht nach selbst in der Hitze politischer Gefechte gut und rhetorisch geschickt behaupten. Obendrein ist Kamala Harris gut gerüstet, um ihrerseits in den Angriffsmodus überzugehen, sollten die Demokraten so Trump Paroli bieten wollen. Dies würde es Joe Biden ermöglichen, schon während des gesamten Wahlkampfes wie ein über den Wogen stehender Präsident zu agieren.



Stephan-Götz Richter, 61, ist Direktor der Online-Denkfabrik Global Ideas Center und Herausgeber von The Globalist.com.

Friedlicher Umbruch ist das Ziel

Opposition in Belarus macht Druck und Vorschläge

Minsk Kurz vor dem EU-Sondergipfel wegen der Massenproteste in Belarus (Weißrussland) hat Russland vor einer Einmischung des Auslands gewarnt. Zuvor hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Russlands Präsident Wladimir Putin telefoniert. Merkel habe dabei von Minsk einen „nationalen Dialog mit Opposition und Gesellschaft“ gefordert, teilte Sprecher Steffen Seibert mit. In der Ex-Sowjetrepublik gab es auch am Dienstag Streiks in Staatsbetrieben. Ausgelöst wurden die Proteste durch die offenkundig manipulierte Präsidentschaftswahl. Die Gegner von Präsident Alexander Lukaschenko wollen das Land mit einem Koordinierungsrat aus der Krise führen. Ziel sei eine friedliche Machtübergabe. Diesen Rat hatte Präsidentenkandidatin Swetlana Tichanowskaja vorgeschlagen. Von der Regierung gab es erste Angebote, auf die Proteste einzugehen. „Wir sind offen für einen Dialog“, schrieb Gesundheitsminister Wladimir Karanik in einem offenen Brief.

Staatschef Lukaschenko selbst sieht Belarus umzingelt von Feinden, das Ausland stehe hinter den Massenprotesten. „Litauen, Polen und die Ukraine befehlen uns, Neuwahlen abzuhalten. Aber wenn wir uns von denen am Gängelband führen lassen, dann geraten wir ins Trudeln“, hatte er in Minsk vor eigenen Anhängern erklärt. Besonders auf Litauen und Polen hat sich „Europas letzter Diktator“ eingeschossen. Litauen, weil es seiner Herausforderin Tichanowskaja Exil



Friedlich kämpfen die Belarussen um einen Machtwechsel. Foto: dpa

gewährt. Und Polen, weil Ministerpräsident Mateusz Morawiecki mit Tschetchiens Regierungschef Andrej Babis den EU-Sondergipfel anregte.

Polen und Litauen – beide in EU und Nato – engagieren sich seit langem für die Menschen in Belarus. Die Länder verbindet eine gemeinsame Geschichte. Das Gebiet wurde im 14. Jahrhundert vom Großfürstentum Litauen erobert, später war es Teil des polnisch-litauischen Doppelstaates. Mit den Teilungen Polens Ende des 18. Jahrhunderts kam es unter russische Herrschaft. Bis heute gibt es in Belarus eine polnische Minderheit. Polen finanziert seit 2007 den Fernsehsender *Belsat* und fördert die Ausbildung junger Menschen, denen in Belarus ein Studium verwehrt wird. Polens Regierungschef Morawiecki hat ein Hilfspaket von 11,5 Millionen Euro angekündigt, um unabhängige Medien und Nicht-Regierungsorganisationen in Belarus zu unterstützen.

Litauen hat seine Einreisebestimmungen für Belarussen gelockert, die ersten machen davon aus humanitären Gründen Gebrauch. Die kleine Baltenrepublik ist ein Hoffnungsträger für die Opposition in Lukaschenkos Reich geworden. Lautstark und unmissverständlich prangert Litauen die Gewalt und das Vorgehen der autoritären Führung in Minsk an und drängt auf ein entschlossenes Handeln der EU. Außenminister Linas Linkevicius hat seine diplomatische Zurückhaltung längst abgelegt. Die Hauptstadt Vilnius liegt nur 40 Kilometer von der Grenze entfernt. Sie ist auch Standort der Europäischen Humanistischen Universität, die 2004 von Lukaschenko geschlossen wurde. Seitdem haben rund 2000 Studenten die Hochschule absolviert. *Doris Heimann* und *Alexander Welscher*, dpa